

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.
Schalter-Gasse geöffnet von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Hierzu:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6850-53.

Von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.20 monatlich, M. 3.60 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangierlohn. M. 4.80 vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausschließlich Briefporto. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle des Verlags, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Überbach: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Wg. für deutsche Anzeigen; 35 Wg. für auswärtige Anzeigen; 1.20 Wg. für deutsche Anzeigen; 2.50 Wg. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Nachnahme: für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 4 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Dienstag, 9. Juli 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 314. • 66. Jahrgang.

Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann.

Die Entscheidung im Hauptquartier.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

B. A. Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht. ab.) Wie wir hören, hat Staatssekretär v. Kühlmann gelegentlich seiner Anwesenheit im Großen Hauptquartier den Kaiser mündlich um die Entlassung aus dem Staatsdienst gebeten. Seine Majestät hat das Gesuch genehmigt. Über die Nachfolgerschaft soll noch keine bestimmte Entscheidung getroffen sein, doch wird hier mit aller Bestimmtheit in den bestunterrichteten Kreisen versichert, daß Admiral v. Sins, der bisherige deutsche Gesandte in Christiania, Nachfolger des Staatssekretärs v. Kühlmann sein wird.

Paul v. Sins ist am 13. Februar 1864 in Schwedt a. d. Oder als Sohn eines Kaufmanns geboren und trat im April 1882 als Seekadett in die kaiserliche Marine ein. Im Sommer 1903 erfolgte seine Ernennung zum Marineattaché für die skandinavischen Staaten mit dem Sitz in Petersburg. Im Frühjahr 1906 wurde er zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt, zwei Jahre später erhielt er den erblichen Adel. Im Sommer 1908 wurde er Militärbevollmächtigter am kaiserlichen Hof und als solcher der Person des Kaisers attachediert und dem Hauptquartier zugeteilt. Den aktiven Dienst verließ er im Frühjahr 1911 und trat unter Verleihung des Charakters als Konteradmiral ins Auswärtige Amt ein. Im Mai 1911 wurde er als Gesandter nach Mexiko geschickt, wo er bis zum Ausbruch des Weltkriegs tätig war. Er vertrat dann das Deutsche Reich in China bis zum Abbruch der Beziehungen mit China. Im Juni 1917 endlich ging Herr v. Sins nach kurzem Aufenthalt in Berlin nach Christiania an die Stelle des abgerufenen Gesandten Dr. Michaelis.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

Dr. Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht. ab.) Aus den Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlautet, daß sie die Kriegskredite im Fall eines Beschlusses im Staatssekretariat des Außenministeriums erst bewilligen werde, wenn von der Reichsregierung eine unzweideutige Erklärung über unsere Kriegsziele abgegeben worden ist.

Die Kriegskreditvorlage dem Hauptausschuß überwiesen.

Ein ungewöhnlicher Vorgang.

B. A. Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht. ab.) Die heutige Sitzung des Reichstags wurde um 1 Uhr unterbrochen und der Wiederbeginn auf 4 Uhr festgesetzt. Die Kriegskreditvorlage, die auf der heutigen Tagesordnung stand, wurde dem Hauptausschuß überwiesen; und nicht, wie es bisher üblich war, gleich vom Plenum erledigt. Es wird in diesem Zusammenhang mit großer Bestimmtheit erzählt, daß die Aussetzung der Sitzung auf Veranlassung der Sozialdemokraten stattgefunden habe, die in einer Fraktionsberatung die Frage besprochen wolle, ob sie sich nicht nach der Ablehnung des Etats durch die Außenpolitik der Regierung sich auch genötigt sehe, die Kriegskredite abzulehnen.

Herr v. Kühlmann aus dem Hauptquartier zurück.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann trat gestern aus dem Großen Hauptquartier wieder in Berlin ein.

Der Tagesbericht vom 9. Juli.

W. T.-B. Großes Hauptquartier, 9. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich des La Bassée-Kanals wurden mehrfach wiederholte Teilangriffe, auf dem Nordufer der Somme starke Vorstöße des Feindes abgewiesen. Der Artilleriekampf blieb in diesen Abschnitten lebhaft und er nahm am Abend beiderseits der Somme zeitweilig wieder große Stärke an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Westlich von Authenil (südwestlich von Royon) haben sich heute früh nach heftigem Feuer östliche Angriffe des Feindes entwickelt. Am Walde von Sillers-Cotters scheiterten Teilangriffe der Franzosen in unserem Kampfgebiete.

Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Billik errang seinen 23. und 24., Leutnant Friedrich seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die neue russische Krisis.

Unterdrückung der Gegenrevolutionäre in Moskau.

W. T.-B. London, 8. Juli. (Reuter-Meldung.) Eine russische drahtlose Meldung besagt, daß die gegenrevolutionäre Erhebung der Sozialrevolutionäre der Linken in Moskau unterdrückt ist. Mehrere hundert Verhaftungen wurden vorgenommen.

Neue Zeugnisse für die Ententeverbrechen in Rußland.

Wien, 8. Juli. Die Bolschewiki sind nach Stockholmer Berichten im Besitz einwandfreier Dokumente, aus denen hervorgeht, daß nicht nur die Gegenrevolutionäre von der Entente genährt und geleitet werden, sondern daß auch eine weitverzweigte Organisation unter der Ägide der Entente geschaffen wurde, die darauf abzielt, terroristische Akte großen Stils gegen deutsche und österreichische Funktionäre in Rußland durchzuführen. Die Ermordung des Grafen Mirbach hängt bereits mit dieser Organisation zusammen. Der russische Volkskommissar Urdzki erbrachte vor einer Petersburger Arbeiterversammlung den Nachweis, daß die russischen Gegenrevolutionäre, deren Zentrum gegenwärtig Archangel ist, von England allein 40 Millionen Rubel Geldunterstützung erhielten, um revolutionäre Unternehmungen in die Wege zu leiten.

Ein Aufruf zur Unterdrückung des Aufstands und gegen den Krieg.

W. T.-B. Moskau, 8. Juli. Die Kämpfe in Moskau sind bisher zugunsten der Bolschewiki abgelaufen. Die „Promda“ veröffentlicht über die Ermordung des Grafen Mirbach einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Gegen 3 Uhr nachmittags sind zwei Agenten des russisch-englisch-französischen Imperialismus zum deutschen Gesandten dem Grafen Mirbach auf Grund einer gefälschten Unterschrift des Genossen Bjerjinski mit falschen Beglaubigungspapieren vorgebracht und haben unter dem Schutz dieses Dokuments den Grafen Mirbach ermordet. Einer dieser Halunken, der diese provokatorische Tat beging, die schon seit langem und verschiedentlich in der Sowjetpresse mit der Verhöhnung der Monarchisten und der Gegenrevolutionäre in Zusammenhang gebracht worden ist, ist nach den vorhandenen Nachrichten ein linker Sozialrevolutionär und ein Mitglied der Kommission von Bjerjinski, der sich verräterischweise von dem Dienst der Sowjetregierung losgesagt hat und zum Dienst bei den Deutschen übergegangen ist. Die Rußland in einen Krieg zu verwickeln trachten und damit die Wiederherstellung der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten sichern wollen. Rußland befindet sich augenblicklich durch die Schuld von Halunken aus den Reihen der linken Sozialrevolutionäre, die sich auf den Weg Samwlos und seiner Genossen verlaufen ließen, auf faecesbreit vor einem Krieg. Schon die ersten Schritte der Sowjetregierung in Moskau zur Ergreifung des Mörders und seiner Helfershelfer wurden von den linken Sozialrevolutionären damit beantwortet, daß sie einen Aufstand gegen die Sowjetregierung begannen. Sie besetzten zeitweilig das Kommissariat von Bjerjinski, verhafteten den Vorsitzenden Bjerjinski und das Mitglied Lazewski und die hervorragenden Mitglieder der russischen kommunistischen Partei der Bolschewiki. Die linken Sozialrevolutionäre bemächtigten sich sodann der Telefonstation und begannen eine Reihe militärischer Handlungen, in denen sie mit bewaffneten Kräften einen kleinen Teil Moskaus besetzten und die Sowjetautomobile abzufangen begannen. Die Sowjetregierung hat als Geiseln alle im Großen Theater befindlichen Delegationen des 5. Kongresses aus den Reihen der linken Sozialrevolutionäre festgehalten und alle Maßregeln getroffen, um die Pläne der Rechten Gardschewski zu unterdrücken und zu liquidieren. Alle, die den Bolschewismus und das Verbrechen einschließen, dadurch Rußland jetzt in einen Krieg verwickelt würde, unterstützen die Sowjetregierung. Daran, daß der Aufstand schnellstens liquidiert wird, besteht auch nicht der leiseste Zweifel. Alle auf ihre Köpfe! Alle zu den Waffen! Nieder mit den Diebsteuern der Rechten Garde!

Die „neue Regierung“ im englischen Solde.

W. T.-B. Stockholm, 8. Juli. „Svenska Dagbladet“ erzählt aus Petersburg: Die Entente stellt für ihre Einmischung in Rußland die Bedingung, daß hervorragende russische Staatsmänner dieselbe verlangen. Diese sollen die Regierung bilden, welche das Erbe Kerenskis übernimmt. Als Mitglieder derselben werden Kerenski, Terestchenko, Stachowitsch als Minister des Innern und Ismailski als Minister des Äußern ge-

nannt. Die neue Regierung wird auf englischen Schiffen nach Murman gebracht. Dort soll dann die Erfüllung der Bündnispflichten gegen die Entente und die Aufhebung des Brester Friedens proklamiert werden.

Der Ueberschwang in Italien.

JS. Lugano, 8. Juli. (Eig. Meldung.) Die gesamte Kriegsdrahtschleife schwimmt auf einem Meer von Sonne, als sie die Nachricht von der Moskauer Wende erhielt, gleichzeitig mit der Meldung, daß die Österreicher vollkommen vom rechten Ufer abgewichen waren. Selbst ehemals neutralistische Blätter, wie die sozialistische „Stampa“, machen den Hexensabbat mit. Reisende aus Mailand schildern den Ueberschwang der Herren von der Gasse; alle Not wäre in Vergessenheit geraten, die Kreuze des Friedens mühten sich im Hintergrund halten, die Interventionisten werden gar nicht müde in der Veranstaltung immer neuer Siegeskundgebungen, und die italienischen Ansprache an die „Besiegten“ werden von Tag zu Tag größer und — einfältiger. Vor wenigen Tagen mahnte „Ezer“, „Stampa“ und „Perseveranza“, England und Frankreich in den Kriegsziele etwas mehr Entgegenkommen zu bezeigen, falls die Verbündeten auf einer Marierung der italienischen Ziele bestünden. Das alles wird heute zu den Akten gelegt. Die Stimme der Vernunft bleibt erstickt unter dem Brüllen der Hurrafreier, die keinen Besinnismus dulden und jeden, der nicht mit ihnen gehen wollte, prügeln wollten. Der sozialistische „Avanti“ ist auf der Straße verbrannt worden unter feierlichen Kundgebungen, zu denen auch die Polizei kühnliche Hand geboten hat. Spät abends noch werden Geistliche aus ihrer Wohnung geholt, um in den Straßen Siegesfeiern zu veranstalten, bei denen die Menge Gott lobt und preist, daß endlich der grausame Krieg zu Ende gehe. Die letzte Klasse verwechselt die Wirkung augenblicklicher Erfolge mit dem Endergebnis des Krieges und glaubt, in kurzer Zeit die Heimkehr der Soldaten erwarten zu können. Die unstilligen Berichte werden in Stadt und Land verbreitet; so, daß die Österreicher Hals über Kopf Italien räumen und Friedensangebote immer von neuem Italien machen, ohne von diesem gehört zu werden. Und nun kam gar die Meldung, daß Rußland sich gegen Deutschland erhebe. Die Berichte mögen den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn tragen, sie werden willig hingenommen.

Eine Huf-Feier in Rom!

Lugano, 8. Juli. Im Teatro Nazionale in Rom fand am Sonntag eine Erinnerungsfeier zu Ehren des Johann Huf statt. Den Helden der italienischen Kriegsheer muß auch dieser Märtyrer dienen. Auf der Bühne hatten die Minister Dori und Baranin, mehrere Unterstaatssekretäre, der Gymnastik Salandro, Senatoren und Diplomaten Platz genommen. Eine von der Front eingetragene Abteilung tschecho-slowakischer Freiwilliger bildete die Ehrenwache. Die Festrede hielt Gymnastik Ruffini.

Die kennzeichnende Gennennung der Pariser Presse.

W. T.-B. Paris, 7. Juli. (Kobas-Meldung.) Alle Blätter besprechen die Ermordung des Grafen v. Mirbach und sind einstimmig der Meinung, daß das Ergebnis Verwicklungen herbeizuführen geeignet ist, deren Bedeutung niemand vorzusehen kann. „Journal“ sagt: Es ist der erste Ausbruch der russischen Rache gegen die deutsche Tyrannei. — „Petit Journal“ sagt, daß dies eine neue Phase in den Schwierigkeiten Deutschlands im Osten ist. — „Humanité“ meint, es handle sich nicht um einen gewöhnlichen Mord, sondern um einen Akt der Empörung des zur Verzweiflung getriebenen russischen Patriotismus. — „Matin“ sagt: Der Mord zeigt, daß es in Rußland noch Männer gibt, die um die Würde ihres Landes besorgt und von Vaterlandsliebe erfüllt sind. — „Echo de Paris“ glaubt, daß das Verschwinden des Grafen Mirbach ein schwerer Schlag für die deutschen Pläne bedeute. — Für „Petit Parisien“ ist es wahrscheinlich die patriotische Entzündung, verursacht durch den nahenden deutschen Einfall, die die Ermordung des Grafen Mirbach veranlaßt hat.

Wiener Stimmen.

W. T.-B. Wien, 7. Juli. Die gesamte Wiener Presse drückt ihre Empörung über den Moskauer Gesandtenmord aus. Das „Freundenblatt“ schreibt: Es liegt im höchsten Interesse der russischen Regierung, alles aufzubieten, damit die Moskauer Tat entsprechend geahndet wird. Die Tatsache läßt sich nicht ableugnen, daß von seiten der ehemaligen Bundesgenossen Rußlands eine maßlose Fehde betrieben wird, um die Sowjets zu bestrafen, weil sie Frieden geschlossen und die Interessen des eigenen Landes höher gestellt haben als Englands und Frankreichs Interessen, sowie daß nach planwidrigen Mitteln die russische Regierung sich gerade jetzt mit dem Gedanken trug, die Hilfe Deutschlands gegen die Gimmlichungen der Entente in Anspruch zu nehmen. Dennoch will das „Freundenblatt“ mit seinem Urteil über den Ausgangspunkt der Wende zurückhalten.

Als Macht geschaffen ist. Nach dem Hinweis auf die Ermordung Jahnke und des Grafen Witte sagt die „Neue Freie Presse“: Das Verbrechen muß den Deutschen klammern, die dadurch eine Krise in den Beziehungen zwischen Deutschland und Ausland hervorgerufen wollten. Das „Luzerner Tagblatt“ schreibt: Als Träger seiner friedlichen Mission hat er den Haß der Ententeparteien auf sich geladen und wurde ihr Opfer. Aber das Ziel, das durch die Bluttat gesichert werden sollte, wird nicht erreicht. Das neue England denkt nicht daran, sich nochmals in ein vernichtendes Abenteuer des Krieges zu stürzen. Auch die „Reichspost“ weist auf die Entente als Quelle der Nozität hin, die sich ja anstelle, von der Murrmanische aus eine neue Offensiv vorzubereiten, und mißvergnügt wäre, dann etwa Rußland an der Seite der Deutschen zu treffen, worauf das gute Einverständnis des Grafen Witte mit der Sowjetregierung hinfiele. Die „Zeit“ sagt: England hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn bei einem solchen Ereignis der Gedanke an eine von ihm bestellte Arbeit aufsteht, denn die Geschichte des Krieges gibt viele Beispiele, wie wenig Bedenken die englische Diplomatie in der Wahl ihrer Mittel framt; aber seinen Zweck wird England nicht erreichen. Der europäische Friede wird längt geschlossen sein, ehe England die Luft ankommt, England wieder Soldatenbesätze zu leisten.

Russische revolutionäre Gelder in der Schweiz.

Br. Genf, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht. 3b.) Das „Bernener Tagblatt“ schreibt: Große Summen, die russische Revolutionäre in den Arbeiter- und Soldaten-Räten verdienten, wurden bei schweizerischen Banken deponiert. Im Nationalrat wurde bereits die Aufmerksamkeit der Bundesbehörden auf diese gewaltigen russischen Bankdepots in der Schweiz gelenkt, zumal man vermutet, daß diese Gelder weiter zu revolutionären Zwecken gebraucht würden und die Mittel liefern sollten, um von der Schweiz aus die soziale Revolution in Europa anzusetzen.

Das Eingreifen Japans in Sibirien beschlossen?

Rotterdam, 8. Juli. Ein hiesiges Blatt will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Japan am 5. Juli die offizielle Nachricht erhielt, der Kriegsrat der Entente habe beschlossen, Japan vollständig freie Hand in Sibirien und Bladivostok zu lassen.

Ein deutscher Flugzeugerfolg gegen englische U-Boote.

Wieder hat der amtliche Bericht von der hervorragenden Leistung eines unserer besten Seeflieger, Oberleutnants Dr. Christianen, Meldung erstatten können. Am 6. Juli, nachmittags, hat dieser bewährte Offizier mit seiner Staffel vor der Themse-Mündung zwei englische U-Boote angegriffen und beide erheblich beschädigt, eines davon so schwer, daß sein Sinken wahrscheinlich ist. Der Kampf zwischen U-Boot und Flugzeug, das ist eine der phantastisch anmutenden neuen Seefechtsarten, die diesen Erfolg uns gebracht hat, der Kampf zwischen zwei technisch aufs höchste entwickelten, selbst todbringenden, aber auch äußerst verletzlichen Waffen.

Wir erfahren zu dieser Begebenheit noch folgende Einzelheiten:

Eine der Seeflug-Staffeln des Marinekorps, unter der Führung Christianens, liegt am 5. Juli, mittags, von der flandrischen Küste aus bei hellem Wetter zur Fernaufklärung nach der englischen Küste auf. Vor der Themse-Mündung in der Nähe des Sandes von Ship-trath, stützten unsere Flugzeuge ein aufstauendes fahrendes englisches U-Boot, das die Bezeichnung „E 25“ groß am Turm aufgemalt trug. Bevor es Zeit fand, zu tauchen, stießen unsere Flieger auf ihre Beute herab und griffen das Boot aus nächster Nähe mit Maschinengewehrfeuer an. Binnen kurzem war die auf dem Deck befindliche Besatzung des Fahrzeuges getötet; nur der Kommandant hielt sich noch eine Zeitlang auf dem Turm und suchte, mit dem Karabiner feuernd, der gefährliche Gegner Herr zu werden. Bis auch er fiel. Der Tauchmechanismus war offenbar so beschädigt, daß ein Unterwasserbringen des Bootes nicht mehr möglich war. Aus nächster Nähe wurde das U-Boot immer wieder von den Salven unserer Maschinengewehre überschüttet, bis ihre gesamte Munition verfeuert war. 35 Minuten lang dauerte das Gefecht. Steuer- und Bewegungslos trieb das U-Boot im Strome, als unsere Flugzeuge den Rückzug antraten. — Auf ihre Meldung floß sofort eine zweite Staffel nach dem Orte des Gefechts. Sie traf „E 25“ im Schlepptau eines anderen U-Bootes „E 51“ und griff sofort beide Boote an, diesmal mit Bomben. Auf „E 25“ wurden zwei Bomben-Tolltreffer erzielt. Nach einer halben Stunde wurde das Gefecht abgebrochen, nachdem abermals der Munitionsvorrat erschöpft war. Die Staffel Christianen, die sich inzwischen erneut auf den Weg gemacht, stellte fest, daß „E 25“ völlig mandrierunfähig, anscheinend in sinkendem Zustande, vor der Themse trieb, während das andere Boot in offenbar schwer beschädigtem Zustande von hinzugekommenen englischen Reträdern in Schleppe genommen wurde. Stolz auf ihren Erfolg kehrten unsere Flugzeuge, ohne selbst irgendwelchen Schaden erlitten zu haben, in den Hafen zurück.

Die wirkliche Lage in Irland.

Berlin, 9. Juli. Einem Gewährsmann der „Vossischen Zeitung“ ist es gelungen, in der letzten Zeit in Irland sich aufzuhalten. Es ist ihm möglich, ein zuverlässiges Bild von der gegenwärtigen Lage des sonst von der Außenwelt abgesperrten Irlands zu geben. Die Sinnfeiner und die ihnen verwandten Organisationen hatten alle Vorkehrungen getroffen, um Mitte Juli einen großen allgemeinen Aufstand zu beginnen. Im gegebenen Augenblick sollten in Irland alle Betriebe und Häfen schließen, so daß die Umwälzung innerhalb eines Tages eine vollendete Tatsache sein müßte. Obwohl die nationalistische Partei wie deren Führer arbeiteten der Bewegung nicht entgegen. Aber es sind jetzt Vorgänge bemerkt worden, aus denen sich geheimer Befürchtungen für die Iren herleiten. Die Engländer haben außer englischen auch amerikanische Truppen nach Irland geschickt.

Von einer vertrauensvollen Persönlichkeit wurde versichert, daß die Amerikaner die Sache an die Engländer verrieten. Es komme jetzt darauf an, ob die geheimen Komitees auch ohne die entdeckten Waffen den Aufstand durchführen wollen, der bei der Erbitterung der Bevölkerung sich zu einer blutigen Katastrophe für Irland gestalten könne.

Eine neue Lissaboner Verschwörung.

Genf, 8. Juli. Wie aus Lissabon berichtet wird, dauern in der Hauptstadt wie in den großen Zentren Portugals die Massenverhaftungen der Anhänger einer Verschwörung zugunsten der früheren Regierung fort. Die Lissaboner Staatspolizei kennt den Ursprung der Geldmittel dieser Organisation, an deren Spitze einige Juristen stehen.

Das türkische Kabinett.

W. T. B. Konstantinopel, 9. Juli. (Drahtbericht.) Der Großvezir hat dem Sultan eine Liste unterbreitet, nach der das Kabinett Talat vollständig unverändert bleibt.

Zur Neutralität Spaniens.

W. T. B. Madrid, 9. Juli. (Drahtbericht.) Amlich wird das Gesetz veröffentlicht, welches der Regierung die unumgänglichen öffentlichen Machtbefugnisse zur Gewährleistung der spanischen Neutralität überträgt.

Weniger Fett auch in Holland.

Berlin, 9. Juli. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus dem Haag berichtet wird, nehmen in Holland die Fettvorräte bedenklich ab. Die Rationierung ist um 30 Prozent verringert worden.

Ein besonderes bukowinisch-ostgalizisches Kronland?

W. T. B. Wien, 7. Juli. Die Blätter entnehmen der „Krautener „Neue Reform“ den Wortlaut des angeblich vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler mit den Ukrainern geschlossenen Vertrags. Die Vereinbarung lautet: Da die Ukrainer den in der Ukraine wohnenden Minoritäten, darunter auch den Polen, weitgehende Autonomie und die Möglichkeit ihrer kulturellen Entwicklung zuerkennen, erklären auch wir, um die kulturelle und nationale Entwicklung desjenigen Teils des ukrainischen Volkes zu sichern, der auf österreichischem Gebiet lebt, zum Zweck der engeren Annäherung der Staaten, daß spätestens bis 31. Juli im Parlament ein Gesetzentwurf über die Bildung eines besonderen Kronlands der in der Bukowina und aus dem Teil Ostgaliziens, der in überwiegender Zahl von Ukrainern bewohnt wird, eingebracht werden soll. Die österreichische Regierung wird alle ihr zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mittel anwenden, damit dieser Entwurf auf parlamentarischem Weg Gesetzeskraft erlangt.

Die Forderungen des deutschen Volksrats in Steiermark.

W. T. B. Bruck an der Mur, 8. Juli. Der gestrige deutsche Volksrat für die Obersteiermark nahm einstimmig eine Entschließung an, in der eine einheitliche deutsche Staatsprache, die Sicherung einer gebührenden Stellung der Deutschen im Reich, die Festlegung des engsten wirtschaftlichen Anschlusses an das Deutsche Reich und die bedingte Freiheit des Weges zur Adria verlangt wurden.

Deutscher Reichstag.

(Schluß des Drahtberichts aus der heutigen Morgen-Ausgabe.) In der Weiterberatung zum

Gesetzentwurf über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen

führt Abg. Dr. Müller-Reinigen (Volksp.) aus: Es muß nach Möglichkeit mit gebundenen Listen gewöhnt werden. Streng gebundene Listen sind nicht möglich.

Unterstaatssekretär Dr. Reubel: Die Regierung will nicht, daß Listen, auf denen einzelne Änderungen oder Umstellungen vorgenommen werden sind, für ungültig erklärt werden.

Abg. Graf Helldorf: Wir werden für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen.

Der Antrag des Zentrums auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu § 12 wird abgelehnt. Es bleibt bei den Geschäften des Aufschusses.

Alldam wird über den § 1a namentlich abgestimmt. Es stimmen 288 Abgeordnete 108 für und 130 gegen den Paragraphen. Er ist somit angenommen.

Das Gesetz wird auf Antrag des Abg. Müller-Reinigen auch in zweiter Lesung angenommen.

Darauf werden

die Beamtenorganisationen und die Beamtenfragen in Heer und Marine

berührt.

Präsident Fehrenbach bittet, dem Wunsche des Ältesten Ausschusses zu entsprechen und sich auf künftige Redezettel zu beschränken.

Abg. Timmermann (Zentr.): Die Beamtenorganisation muß sofort nach dem Kriege vertrieben werden. Die Beamten beklagen sich darüber, daß sie kontrolliert und revidiert werden von Beamten, die die zu kontrollierenden Stellen nicht aus eigener Erfahrung kennen. Die höheren technischen Beamten wünschen die Schaffung von mehr Direktorenstellen in den technischen Instituten. Namentlich in Siegburg ist dies notwendig. Dann wünschen sie den Titel Rat und den Rang der Räte 4. Klasse.

Abg. Stoll (Soz.): Die Zustände in den Werkstätten sind keinesfalls musterhaft. Die Behandlung der Arbeiterschaft läßt viel zu wünschen übrig. Schimpfwörter sind an der Tagesordnung. Ein Meister zeigt sich als Gewalttätiger. Darin muß einmal gründlich aufgeräumt werden.

General v. Ober: Die Reorganisation der Beamtenorganisation ist nichts Neues. Sie ist schon lange geplant, hat sich aber durch den Krieg etwas verzögert.

Generalsekretär v. Couperle: In Siegburg ist bereits ein weiterer Direktor im Amt. Alle Arbeiter in unseren Betrieben haben auch während des Krieges Urlaub. Jüngere Beamte machen sich mit der Privatsphäre auf Geraberg der Städtchen sind nicht getroffen worden. Nach dem Kriege werden die Löhne sofort einer Revision unterzogen werden. Die Kriegsbeschädigten kennen in ihre alten Stellen und ihre Renten werden ihnen nicht angedreht. Bisher haben wir 11 000 Kriegsbeschädigte, darunter 115 Kriegsblinde eingestellt.

Abg. Weinhausen (Kölp.): Die technischen Beamten können ebenfalls Betriebsdirektoren werden, dem Beamten steht der Weg zum Betriebsleiter offen. Kein Wunder, daß die höheren Beamten

sich zurückgesetzt fühlen. Redner bringt sodann eine große Reihe Einzelwünsche der verschiedenen Beamtenkategorien vor. Die Unzufriedenheiten müssen von Grund aus geändert werden.

Abg. Feib (nat.-lib.): Wir erwarten, daß auch für die technischen Beamten der Grundlag Geltung erlangt: Freie Bahn dem Tüchtigen. Sie dürfen nicht sofort wieder verlegt werden. Dem muß durch Bildung eines Verwaltungsbereichs abgeholfen werden. Die Beamtenstellvertreter müssen nach längstens 10 Jahren zu Hilfsbeamten befördert und besser gestellt werden.

Generalsekretär v. Couperle: Dem Oberbeamten müssen wir mit allem Wohlwollen begegnen. Nach dem Kriege wird auch hier Durchseihendes geschehen.

Abg. Graefe (Kölp.): Der Ausschuss hat fruchtbare Arbeit geleistet im Sinne einer wirklichen Reform. Es wird endlich etwas Positives dabei herauskommen. Die Militärämter mit Offiziersqualifikationen müssen nachträglich befördert werden.

Abg. Werner-Hersfeld (D. Fr.): Das Prüfungswesen muß von der Verwaltung getrennt werden. Besondere Prüfungsämter müssen eingerichtet werden. Die Wünsche der Zahnmeister, Unterzahnmeister, Pod-, Mühlen- und Maschinenmeister müssen erfüllt werden.

General v. Ober: Für den Penultimaantenstand bilden die Militärämter die nötige Grundlage. Nach dem Kriege wird das Erforderliche geschehen.

Abg. Richter (Unabh. Soz.): Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. Die Bestimmung, daß bei Lohnfragen die Ausschüsse gebildet werden sollen, steht nur auf dem Papier. Nicht Offiziere, sondern gut ausgebildete Fachmänner sollten an die Spitze der Betriebe gestellt werden. Sie sind den herkömmlichen Anstrengungen nicht gewachsen. Die Nachschicht für Frauen muß beseitigt werden. Die Arbeiterausschüsse dürfen nicht der Spielball für Offizierskavale werden.

Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr Anfragen, Kriegsbildungs- und Steuererlagen. Schluß 10 Uhr.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kronprinz von Sachsen beschäftigt sich in nächster Zeit mit der Herzogin Marie Antoinette von Württemberg zu verloben. Die zukünftige Braut ist die älteste Tochter des Generalfeldmarschalls Herzogs Albrecht (eines Sohnes des verstorbenen Herzogs Philipp von Württemberg) aus dessen Ehe mit der Erzherzogin Margarete Sophie, einer Tochter des verstorbenen Erzherzogs Karl Ludwig, des Großvaters des jetzigen Kaisers von Österreich.

Wiesbadener Nachrichten.

— Lubendorff-Spende. Die beim Königl. Bezirkskommando Wiesbaden beständige und bis zum 10. Juli abgeschlossene Sammlung zur Lubendorff-Spende zeitigte ein sehr erfreuliches Ergebnis. Es konnten von 86 Einzel- und Sammelspenden 3642 M. an das stellvertretende Generalkommando überwiesen werden. Mit 100 M. und darüber beteiligten sich: Herr Stadtschreiber Alfred Diederichs (Wiedrich) mit 100 M., Herr Oberleutnant der Res. Ernst Diederichs (Wiedrich) mit 100 M.; Herr Hofstefant Emil Hees, vord. G. Ader (hier) mit 100 M.; Herr Rittm. d. Res. G. Herth (Mosterger Alantshaus) mit 100 M.; Herr Rittm. d. Res. Gustav Hoebl (Weisenheim) mit 100 M.; Herr Oberleutnant d. Landw. Graf Kaldreuth (hier) mit 100 M.; Herr Kaufmann B. Rindshofen (hier) mit 200 M.; Herr Kaufmann Gustav Meyer (hier) mit 100 M.; Herr Friedrich A. Müller-Rei. i. Pa. J. Ad. Müller (hier) mit 500 M.; Herr Albert C. Müller-Rei. i. Pa. J. Ad. Müller (hier) mit 500 M.; Personalspende der Firma J. Ad. Müller (hier) mit 180 M.; Herr Buchdruckereibesitzer Hermann Rauch (hier) nebst Personalspende mit 283 M.; Herr Hofstefant B. Ruffe (hier) mit 500 M. Allen Spendern sei auch an dieser Stelle nochmals der Dank des Bezirkskommandos ausgesprochen. Weitere Gaben werden vom Bezirkskommando entgegengenommen.

— Ribas mehr Umsicht beim Laubensammeln. Ein Naturfreund schreibt uns: Seit einiger Zeit wird in den Wäldern das Einsammeln von Laub seitens der Schulen energig betrieben, angeblich zu dem Zweck, den Bestand an Futtermitteln für die im Feld stehenden Pferde sicherzustellen. Daß die Schulen sich dieser vaterländischen Aufgabe mit großem Eifer unterziehen, ist wohl sehr anzuerkennen. Aber eben jetzt diese Stätten des Waldes besucht, an denen bereits gesammelt wurde, den überkommt ein Gefühl des Bedauerns, und, wenn man Naturfreund ist, des Argers zugleich. Ein fester Stielte dieser Tage auf einem Spaziergang in der Umgebung des Rheingauer Pfades fest, daß daselbst Verwüstungen stattgefunden haben, die es fraglich erscheinen lassen, ob der angerichtete Schaden mit dem Nutzen des Laubensammelns wirklich im Einklang steht. Junge Eichen und Buchenbäumchen von 5 bis 7 Meter Höhe sind kreuz und quer liegend auf den Boden umgelegt und die Äste abgerissen. Und was noch schlimmer ist, im Lauf einer halben Stunde kann man mindestens 20 dieser jungen Bäume sehen, die 1 Meter über dem Boden vollständig durchgebrochen, zersplittert und somit dem Absterben preisgegeben sind. Da sollte doch mit mehr Umsicht vorgegangen werden. Es gibt doch genügend niederes Laubwerk für das Sammelwerk, mindestens müßte darauf gesehen werden, daß die Bäume wieder in die Höhe gerichtet und vor allem nicht vollständig zerstört werden. Möge dieser Hinweis genügen, daß solche Vorkommnisse künftig vermieden werden.

— Schleichhandel mit Pferdefleisch. Man schreibt uns von sachverständiger Seite: Ein Gebiet, auf dem noch rein anarchoistische Zustände herrschen, ist die Pferdemeierei. In Wiesbaden existieren zum Beispiel zwei Pferdemeiereien, die etwa 2000 Familien mit Fleisch zu versorgen haben. Mit der Versorgung haben es freilich; denn diese Meiereien erhalten kein Pferdefleisch oder nur so geringe Quantitäten, daß sie damit nichts anfangen können. Während die Stadt Mainz wöchentlich etwa 20 bis 30 Pferde als Schlachtopfer zu gewiesen erhält, kommen nach Wiesbaden oft kaum 200 Pfund, und alle Bemühungen des Magistrats, mehr zu erhalten, waren bisher erfolglos. Schlachtopfer zum Höchstpreis zu erhalten, ist fast ganz unmöglich. Es haben sich nämlich Elemente in die Pferdemeierei eingebracht, die vor dem Krieg mit diesem Gewerbe absolut nichts zu tun hatten. Viehhändler, Pferdehändler, Gelegenheitsarbeiter laufen und schlachten Pferde und verschleudern das Fleisch im Schleichhandel zu 3 bis 8 M. das Pfund. Da kann selbstverständlich der gewerblustige Pferdemeierer, der seine Ware zu Höchstpreisen an seine Kunden absetzen muß, nicht mit. Es werden sonat von diesen Vieh- und Pferdehändlern Schlachtopfer, die eben noch laufen können, nach dem Industriegebiet und in Fabriken verkauft und das Pfund mit 4 bis 5 M. mit Ähren verkauft. Diese Händler zahlen also fast das Hundsfache des Höchstpreises. Diese Pferdefleischschleichhändler

konzerte finden bei jeder Witterung statt.

Bohnenschneidmaschine
zu kaufen
weildest. Ph. Krämer, Langgasse 26.

